



Grünliberale Partei Schweiz

Medienmitteilung

Thema	Pressekonferenz zu den National- und Ständeratswahlen 2015
Für Rückfragen	Martin Bäumle, Präsident glp Schweiz, Tel. +41 79 358 14 85 Roland Fischer, Vize-Präsident glp Schweiz, Tel. +41 79 422 76 60 Laurent Seydoux, Vize-Präsident glp Schweiz, Tel. +41 79 203 74 05 Tiana Angelina Moser, Fraktionspräsidentin glp, Tel. +41 76 388 66 81 Jürg Grossen, Vize-Fraktionspräsident glp, Tel. +41 79 444 94 65 Sandra Gurtner-Oesch, Generalsekretärin glp Schweiz, Tel. +41 78 766 04 60
Absender	Grünliberale Partei Schweiz, Laupenstrasse 2, 3008 Bern Tel +41 31 311 33 03, E-Mail schweiz@grunliberale.ch , www.grunliberale.ch
Datum	30. Juni 2015

Wirtschaft stärken, Umwelt schützen, Zukunft wählen

Anlässlich einer Medienkonferenz in Bern haben die Grünliberalen Schweiz heute ihre Themen und Ziele für die National- und Ständeratswahlen 2015 präsentiert. Die Grünliberalen steigen mit dem Slogan „Wirtschaft stärken, Umwelt schützen, Zukunft wählen“ in den Wahlkampf. Basis für diesen Slogan sind 10 konkrete Punkte für eine grüne und liberale Schweiz. So bekennen sich die Grünliberalen unter anderem zu einer konsequenten Finanzpolitik, zur Sicherung und Weiterentwicklung der bilateralen Verträge, zum Atomausstieg, zur Verteidigung des Alpenschutzartikels und zur Ehe für alle. „Die Grünliberalen sind die einzige Partei, die für einen konsequenten Schutz von Umwelt und Natur und für eine liberale Wirtschaft und Gesellschaft eintreten“, so Parteipräsident Martin Bäumle. Das Ziel der Grünliberalen sind 12 -14 Sitze im National- und Ständerat und damit die Bestätigung des Wahlerfolgs von 2011.

An der Medienkonferenz waren die Spitze der Partei und der Bundeshausfraktion geschlossen anwesend. Fraktionspräsidentin Tiana Angelina Moser warf zuerst einen Blick zurück auf die auslaufende Legislatur: „Für mich steht fest, dass wir mit unserer Politik eine klare politische Lücke ausfüllen. Es gibt ausser den Grünliberalen keine Partei im Bundeshaus, die für einen verantwortlichen Umgang mit den natürlichen Ressourcen und für eine liberale Wirtschaft und Gesellschaft eintritt.“ Anschliessend wurden die Wahlkampfthemen 2015 vorgestellt. Die wirtschafts- und finanzpolitischen Positionen stellte Vize-Fraktionspräsident und Unternehmer Jürg Grossen vor: „Als Unternehmer sage ich überzeugt: Wer die Grünliberalen wählt, stimmt für gesunde Finanzen, eine liberale Wirtschaftsordnung mit starken und innovativen Unternehmen und gegen Klientelpolitik und Bürokratie.“ Parteipräsident Martin Bäumle sprach zu den Zielen der Grünliberalen in der Umwelt- und Energiepolitik. „Die Grünliberalen stehen für den Atomausstieg und Klimaschutz, für die Verteidigung des Alpenschutzartikels und für eine griffige Raumplanung“, so Bäumle. „Die Gesellschaftspolitik hinkt den heutigen Realitäten hinterher. Homosexuelle Partnerschaften werden rechtlich immer noch diskriminiert. Die Sozialwerke sind finanziell aus dem Lot geraten und längst nicht mehr generationengerecht. Hier wollen die Grünliberalen endlich liberale Reformen“, führte schliesslich Vize-Präsident Roland Fischer aus.

Die „10 Punkte für eine grüne und liberale Schweiz“ und die Referate der Pressekonferenz finden Sie auf den folgenden Seiten.



Grünliberale Partei Schweiz

10 Punkte für eine grüne und liberale Schweiz

National- und Ständeratswahlen 2015

Grünliberale wählen heisst:

Wirtschaft stärken

1. mit einer konsequenten Finanzpolitik ohne Partikularinteressen.
2. durch ideale Rahmenbedingungen für Unternehmertum und Innovation.
3. durch die Sicherung und Weiterentwicklung der bilateralen Verträge.
4. durch Wettbewerb und den Abbau von Handelshemmnissen.

Umwelt schützen

5. mit dem Atomausstieg und konsequentem Klimaschutz.
6. durch den Schutz von natürlichen Ressourcen und Biodiversität.
7. durch die Verteidigung des Alpenschutzartikels.

Zukunft wählen

8. und zu einem zivilstandsunabhängigen Steuersystem übergehen.
9. für eine generationengerechte Reform der Altersvorsorge.
10. damit auch die Schweiz endlich die Ehe für alle einführt.

Weitere Informationen: <http://www.wahlen.grunliberale.ch>

Rückblick auf die erste Legislatur der glp-Fraktion im National- und Ständerat

Tiana Angelina Moser, Fraktionspräsidentin

Wir Grünliberalen füllen eine Lücke in der politischen Landschaft, wir haben uns ökologisch konsequent, wirtschafts- und gesellschaftsliberal und finanzpolitisch verantwortungsvoll positioniert. Dafür sind wir vor den letzten Wahlen eingestanden, dafür stehen wir heute ein und dafür werden wir auch in der kommenden Legislatur eintreten. Mit unserem eigenständigen Profil konnten wir in der laufenden Legislatur verschiedene Erfolge erzielen und Vorlagen in den Kommissionen und im Rat aktiv mitprägen.

Ich beginne mit der Umweltpolitik. Ein Beispiel hierfür ist das Raumplanungsgesetz, mit dem die Zersiedelung nun effektiv gebremst werden kann. Dieses Geschäft haben wir sowohl im National- wie auch im Ständerat wesentlich geprägt. Aber auch bei anderen Naturschutzfragen wie der Europäischen Landschaftskonvention spielten wir eine prägende Rolle. Bei der Energiestrategie 2050 konnten wir einen wichtigen Beitrag leisten, dass die Atomausstiegskoalition bis heute hielt. Leider ist das Ziel aber noch nicht erreicht. Wer die Energiewende schaffen will, weiss dass es einen Übergang vom Fördern zum Lenken in der Energiepolitik braucht. Wir Grünliberalen wollen diesen Übergang schaffen. Weiter waren wir auch mit Anträgen erfolgreich, damit selbst produzierter erneuerbarer Strom endlich diskriminierungsfrei selbst verbraucht werden kann. Das führt zu einem Abbau von Bürokratie und trägt gleichzeitig zu einer Entlastung der KEV bei.

In der laufenden Legislatur haben wir uns auch konsequent für eine liberale Wirtschaft eingesetzt. Mit diesem Einsatz waren wir bei den Volksabstimmungen gemeinsam mit den bürgerlichen Parteien fast immer erfolgreich. Beispiele hierfür sind die deutliche Ablehnung der Einheitskrankenkasse, der Mindestlohninitiative, die Ablehnung von 1:12 oder der Ferieninitiative. Erfolgreich waren wir auch als Lead-Partei im Abstimmungskampf gegen die nächtliche Beschränkung von Ladensortimenten. Wobei es kein Geheimnis ist, dass die Grünliberalen weitere Liberalisierungen begrüßen würden. Der grosse Wehrmutstropfen war und ist das Ja zur Masseneinwanderungsinitiative. Die wirtschaftsfeindlichen Initiativen von links konnten erfolgreich bekämpft werden, unsere liberale Wirtschaftsordnung wurde hier aber empfindlich von rechts getroffen. Für die Schweizer Wirtschaft wird es entscheidend sein, ob es uns gelingt, die Beziehungen zu Europa auf stabile Beine zu stellen.

Auch im Parlament sind wir konsequent für eine liberale Wirtschaftspolitik eingetreten. Ein sehr gutes Beispiel hierfür ist die Landwirtschaft, wo wir sowohl bei der neuen Agrarpolitik wie auch bei den Budgetdebatten am konsequentesten für eine liberale und unternehmerische Politik eingetreten sind. Leider war hier oft nicht einmal auf die andere liberale Partei Verlass. Nehmen Sie die Debatten über die Aufweichung des Cassis-de-Dijon-Prinzips oder die jüngste Debatte zum KAP, wo die Landwirtschaft wieder einmal von Sparmassnahmen verschont wurde. Schliesslich sind wir auch jene Fraktion, die am konsequentesten und unabhängigsten von Partikularinteressen für einen gesunden Finanzhaushalt einsteht. Das konnten wir in den jährlichen Budgetdebatten oder eben jüngst beim KAP unter Beweis stellen.

Leider gab es aber auch unliberale und ordnungspolitisch bedenkliche Rückschläge. Die „Swissness-Vorlage“ wurde gegen unseren Willen durchgedrückt. Statt dem ursprünglichen Ziel die Marke „Schweiz“ besser zu schützen, wurde hier ein protektionistisches Gesetz geschaffen. Oder nehmen sie das jüngste Beispiel, das Alkoholgesetz, da hat sich der Nationalrat für absurde Steuerprivilegien für Schnapsbrennereien ausgesprochen hat.

In der liberalen Gesellschaftspolitik konnten wir mit einer parlamentarischen Initiative die Diskussion über die „Ehe für alle“ lancieren. Nach dem Ja der nationalrätlichen Rechtskommission zum grünliberalen Vorstoss könnte nun der Vorschlag schon bald umgesetzt werden. Auch in anderen Bereichen konnten wir wichtige liberale Reformen mitprägen. Ich denke hier an unseren jüngsten Einsatz für die Präimplantationsdiagnostik. Zudem ist es uns auch ausserhalb dieser Kernthemen gelungen, mit einem dritten Weg neuen Lösungen zum Durchbruch zu verhelfen. Entscheidend war hier unsere liberale Referendumskampagne gegen den Kauf des Gripen, wo wir uns als einzige Partei klar zur Armee, aber gegen den zum heutigen Zeitpunkt unnötigen Kauf neuer Kampfflugzeuge gestellt haben. Diesen dritten Weg in der Sicherheitspolitik wollen wir auch künftig beschreiten. Die aktuelle Blockierung der Weiterentwicklung der Armee durch links und rechts gerade auch in der letzten Session illustriert eindrücklich, wie wichtig das ist.

Der Rückblick zeigt unser Profil und unsere Positionierung in der laufenden Legislatur und die Lücke, die wir ausfüllen. Es gibt ausser den Grünliberalen keine Partei, die für einen konsequenten Schutz von Umwelt und Natur und für eine liberale Wirtschaft und Gesellschaft eintritt.

Wirtschaft stärken

Jürg Grossen, Nationalrat, Vize-Fraktionspräsident glp

Die liberale Wirtschafts- und Finanzpolitik ist ein Eckpfeiler der grünliberalen Politik. Das zeigt auch ein Blick auf unsere Nationalratsfraktion, in der ein Viertel als Unternehmer ein KMU führen.

Basis für eine langfristig erfolgreiche Wirtschaft sind gesunde Finanzen. Und zwar sowohl in den Unternehmen wie auch beim Staat. Die Grünliberalen betreiben im Bundeshaus die konsequenteste Finanzpolitik aller Fraktionen. So haben wir beispielsweise beim Konsolidierungs- und Aufgabenüberprüfungspaket als einzige Fraktion sämtliche Sparvorschläge mitgetragen und nicht aus Eigeninteresse und Klientelpolitik einzelne Bereiche ausgeklammert. Dass die bürgerlichen Parteien bei Landwirtschaft, Armee und Strassenbau ihre finanzpolitischen Grundsätze ständig über Bord werfen, ist für uns unverständlich.

Neben gesunden Finanzen braucht es gute Rahmenbedingungen für alle Schweizer Unternehmen, insbesondere auch für unsere KMU. Die Grünliberalen haben in der laufenden Legislatur sämtliche wirtschaftsfeindlichen Volksinitiativen von linker Seite aktiv bekämpft. Egal ob Mindestlohn, 1:12, Ferieninitiative oder Erbschaftssteuer, wir haben uns stets im Nein-Komitee engagiert. Leider hat das Parlament gegen unseren Willen aber auch bürokratische und schädliche Gesetze beschlossen, wie die unsinnige Swissness-Vorlage oder die Unternehmenssteuer im RTVG. Solche wirtschaftsfeindlichen und bürokratischen Schreibtischtaten werden wir Grünliberalen auch in Zukunft aktiv bekämpfen.

Nachdem wir in dieser Legislatur vor allem Angriffe auf unsere liberale Wirtschaftsordnung abwehren mussten, braucht es in der nächsten Legislatur endlich umfassende Reformen zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts. Für die Grünliberalen und insbesondere für mich als Unternehmer ist eine erfolgreiche Unternehmenssteuerreform III zentral. Nur so können wir die Attraktivität und Akzeptanz unseres Unternehmensstandorts sichern. Die Einführung einer Patentbox stärkt und belohnt zudem Forschung und Innovation in unserem Land. Diese haben die Grünliberalen notabene auch als Vorkämpfer für die Innovationsparks aktiv gestärkt. Was wir Unternehmer aber nicht brauchen, sind ständig neue Gesetze und als Konjunkturpakete getarnte Geschenke an einzelne Branchen. Ich fand es deshalb richtig, dass meine Partei beim Jekami nach der Aufhebung des Euro-Mindestkurses nicht mitgemacht hat. Die aktuelle Situation ist anspruchsvoll, die Wirtschaft wird sich damit aber am besten arrangieren, wenn der Staat nicht mehr, sondern weniger in den Markt eingreift.

Deshalb setzen wir Grünliberalen uns konsequent für Wettbewerb und Freihandel und damit gegen die Hochpreisinsel Schweiz ein. Umso unverständlicher ist es, dass derzeit beispielsweise das Cassis-de-Dijon-Prinzip in Frage gestellt wird. Im Interesse von Wirtschaft und Konsumenten werden wir solche unliberalen und protektionistischen Rückschritte vehement bekämpfen.

Die zweite zentrale Frage für die Schweizer Wirtschaft ist die des uneingeschränkten Zugangs zum europäischen Binnenmarkt. Dieser ist akut gefährdet, da im Gegensatz zu den vorher erwähnten linken Initiativen die wirtschaftsfeindliche Masseneinwanderungsinitiative von rechts Erfolg hatte. Die bilateralen Verträge mit der EU sind für den Wirtschafts- und Forschungsstandort Schweiz von höchster Bedeutung. Für die Grünliberalen hat der Erhalt und die Weiterentwicklung des vom Volk mehrfach bestätigten bilateralen Wegs deshalb klar Priorität vor einer strikten Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative.

Als Unternehmer sage ich überzeugt: Wer die Grünliberalen wählt, stimmt für gesunde Finanzen, eine liberale Wirtschaftsordnung mit starken und innovativen Unternehmen auf der Basis unserer KMU-Tradition und gegen Klientelpolitik und Bürokratie.

Umwelt schützen

Martin Bäumle, Präsident glp Schweiz, Nationalrat

Die Grünliberalen sind in der Umweltpolitik nötiger denn je. Wir sind nach wie vor die einzige Partei ausserhalb des linken Spektrums, die konsequent für die Umwelt eintritt. Sei es in der Energiepolitik, beim Verkehr oder in der Raumplanung.

Wer seine Stimme den Grünliberalen gibt, sichert den Atomausstieg und stärkt den Klimaschutz. Sie haben nämlich recht, geschätzte Medienschaffende, wenn sie schreiben der Fukushima-Effekt sei verfliegen. Es ist tatsächlich so, dass im Bundeshaus der Atomausstieg schrittweise in Frage gestellt wird. Das gleiche gilt für den Klimaschutz. Die Grünliberalen halten dagegen. Wir stehen überzeugt hinter der Energiewende.

Für die Energiewende braucht es aber nicht immer Subventionen und Regulierungen, sondern endlich Kostenwahrheit. Und die fehlt heute fast überall. Einerseits werden CO₂ und Schadstoffemissionen nach wie vor nicht annähernd verursachergerecht belastet. Andererseits wird Atomstrom sogar subventioniert, weil die Risikokosten nicht durch die Betreiber, sondern durch die Allgemeinheit getragen werden. Diese Frage wird uns schon bald einholen, wenn es um die Stilllegung und Entsorgung der ersten Atomkraftwerke in der Schweiz geht.

Die Grünliberalen sind nach wie vor überzeugt, dass ein Lenkungssystem der richtige Weg zu einer nachhaltigen Energieversorgung ist. Wir akzeptieren, dass dieses nicht mit einem Fiskalzweck versehen werden sollte und die Einführung schrittweise geschehen muss. Der Wechsel vom Fördern zum Lenken oder eben von Staat zu Markt muss aber kommen. Als ersten Schritt braucht es rasch eine Lenkungsabgabe auf nicht-erneuerbar produzierten Strom. Mit diesem staatsquotenneutralen Instrument wird die Standortattraktivität der Schweiz nicht geschmälert, sondern als Cleantech-Standort gestärkt. Die Schweizer Wasserkraft bleibt so wirtschaftlich und zwar ohne Subventionen, nach paradoxerweise sogar bürgerliche Parteien rufen.

Die Grünliberalen kämpfen auch für den konsequenten Schutz von Natur und Landschaft. So stehen wir geschlossen hinter dem Alpenschutzartikel in unserer Bundesverfassung, auf den im nächsten Jahr ein Grossangriff lanciert wird. Eine zweite Gotthardröhre ist nicht vereinbar mit dem vom Volk beschlossenen Alpenschutzartikel. Deshalb werden den Bau der zweiten Gotthardröhre als treibende Kraft im bürgerlichen Nein-Komitee bekämpfen.

Weiter stehen die Grünliberalen auch für eine griffige Raumplanung und den Schutz unserer natürlichen Ressourcen. Wir haben das neue Raumplanungsgesetz in der Kommission und im Parlament entscheidend mitgeprägt. Nun steht die zweite Etappe an. Auch hier ist zu befürchten, dass von der Gegenseite wiederum ein Angriff auf Landschaft, Fruchtfolgeflächen und Biodiversität gestartet wird. Diesem werden wir Grünliberalen entschieden entgegenreten.

Sie sehen meine Damen und Herren, die Umweltpolitik ist nicht von der politischen Agenda verschwunden. Vielmehr stehen in der kommenden Legislatur zentrale Entscheide an. Wer die Grünliberalen wählt, stimmt für den Atomausstieg und Klimaschutz, für den Schutz unserer Alpen und für eine griffige Raumplanung.

Zukunft wählen

Roland Fischer, Vize-Präsident glp Schweiz, Nationalrat

Wer die Grünliberalen wählt, setzt sich nicht nur für die Wirtschaft und die Umwelt ein, sie oder er entscheidet sich auch für eine liberale, tolerante und auf die Zukunft ausgerichtete Schweiz.

Denn die Gesellschaftspolitik in der Schweiz hinkt den heutigen Realitäten hinterher. Der Staat behandelt Ehepaare und Konkubinate bei Steuern und Sozialversicherungen unterschiedlich und homosexuelle Partnerschaften werden rechtlich immer noch diskriminiert. Die Sozialwerke sind finanziell aus dem Lot geraten und längst nicht mehr generationengerecht. Wir setzen uns für eine liberale Gesellschaftspolitik ein. So hat die parlamentarische Initiative unserer Fraktion die Diskussion über die „Ehe für alle“ lanciert, die in vielen anderen Ländern bereits Tatsache ist.

Wir stehen aber auch für ein zivilstandunabhängiges Steuer- und Sozialversicherungssystem. Es darf im 21. Jahrhundert einfach nicht mehr so sein, dass der Staat Bürger je nach Zivilstand unterschiedlich zur Kasse bittet oder unterstützt. Das für die künftigen Generationen zentrale Geschäft der kommenden Legislatur ist aber die Reform der Altersvorsorge. Die AHV ist aus dem Gleichgewicht geraten und langfristig nicht mehr finanzierbar. Fast noch schlimmer sieht es aber bei der zweiten Säule aus. Bei den Pensionskassen wird heute von jung zu alt umverteilt, obwohl diese Gelder eigentlich der privaten Vorsorge dienen sollen. Als Reaktion auf die gestiegene Lebenserwartung braucht es dringend eine Anpassung des Rentenalters und eine Senkung des Mindestumwandlungssatzes. In der Vergangenheit hat eine unheilige Allianz von links und rechts mehrfach die nötigen Reformen der Sozialwerke blockiert. Dem werden wir Grünliberalen entgegentreten.

Aber auch in weiteren Politikfeldern mit dringendem Reformbedarf blockieren uns links und rechts. Ganz aktuell bei der Armee. Wir Grünliberalen stehen zu einer schlanken und modernen Milizarmee, die sich endlich verstärkt auf die heutigen Bedrohungen und Gefahren ausrichtet. Damit gehen wir einen dritten Weg zwischen Stahlhelmen und Armeeabschaffern. Damit diese Weiterentwicklung gelingt und nicht wie letzten Monat im Nationalrat abstürzt, muss die politische Mitte gestärkt werden.

Zusammengefasst kann man sagen: Wer die Grünliberalen wählt, stärkt nicht nur Umwelt und Wirtschaft, sondern er unterstützt auch eine liberale und moderne Gesellschaftspolitik.

Agir maintenant pour l'économie, l'environnement et l'avenir

Laurent Seydoux, Vice-Président des Vert'libéraux suisses

Mesdames et Messieurs,

« Les Vert'libéraux pratiquent une politique d'actes responsables, c'est à dire respectant l'environnement, basé sur un financement sain et tenant compte de l'humain, représentant ainsi les trois piliers du développement durable ».

1. Agir maintenant pour l'environnement :

« Nous sommes l'unique parti dans tout l'échiquier de droite et du centre à être ferme et engagé sur les questions écologiques. »

Concrètement cela veut dire que:

- Nous estimons qu'il faut donner aux gens et aux entreprises les moyens de réaliser la transition énergétique en tant que citoyens responsables.
- Nous souhaitons renforcer et encourager les solutions pragmatiques, permettant le développement des énergies renouvelables, ce qui est une chance pour notre économie.
- Nous devons diminuer le gaspillage, afin de réduire la consommation d'énergie et de précieuses ressources naturelles, par exemple en interdisant de brûler la nourriture, projet de notre conseillère nationale Isabelle Chevalley.
- La protection de la nature et du paysage doivent être suivis d'actes concrets tels que les Vert'libéraux les ont réalisés, par exemple avec un postulat accepté sur la diminution de l'utilisation de pesticides.
- La mobilité électrique doit être encouragée et étendue, car elle permet de diminuer la pollution et les nuisances sonores. Pour cela, l'installation de bornes électriques dans les villes doit être une priorité.
- D'autres types de transports publics doivent être pris en compte dans les villes, comme le transport par câble (télécabines), permettant de ne pas surcharger les voiries existantes.
- Un transfert des marchandises des camions sur le rail doit être une priorité grâce aux NLFA. Cela évitera de construire un coûteux deuxième tube routier au Gothard, tout en améliorant la qualité de l'air pour les régions alpines.

2. Agir maintenant pour une économie forte et responsable:

« Une politique économique responsable est la seule voie raisonnable pour la pérennité de notre économie et des emplois qui lui sont rattachés. »

Concrètement cela veut dire que:

- Nous soutenons une économie innovante, créatrice et non destructrice de valeurs.
- Nous nous engageons à soutenir une économie mettant en valeur le travail dans un environnement éthique et respectueux, avec des entrepreneurs responsables.
- Nous encourageons la recherche dans les « technologies propres » et leur mise en œuvre, car elles contribuent à une croissance qualitative, permettant ainsi de développer les emplois dont la Suisse aura besoin.
- Nous souhaitons améliorer la formation indigène ainsi qu'un meilleur accès au marché du travail pour les femmes.
- Nous demandons des procédures administratives allégées et financièrement acceptables pour nos entreprises.
- Nous soutenons la réforme fiscale des entreprises pour la stabilité de notre économie.
- Les accords bilatéraux doivent être maintenus, comme cela a d'ailleurs été confirmé plusieurs fois par le peuple.

- La problématique de l'immigration ne doit pas se résumer à la question de contingents inadaptés à nos besoins économiques, et administrativement lourde pour l'Etat et les entreprises.

3. Agir maintenant pour une société progressiste:

« Une politique sociétale libérale doit aborder les défis futurs avec une vision pragmatique, non dogmatique et viser à apporter des solutions concrètes aux problèmes actuels et futurs. »

Concrètement cela veut dire que:

- Nous accompagnons l'évolution de notre société, en proposant un cadre politique et réglementaire adapté.
- Nous nous engageons pour une assurance vieillesse équitable, qui prend en compte les besoins de toutes les générations. Non seulement l'AVS est déséquilibrée, mais les caisses de pension redistribuent l'argent des jeunes aux aînés, alors que cet argent devrait être destiné à assurer la prévoyance privée.
- Les Vert'libéraux ont été très actifs sur la question de l'Armée qu'ils souhaitent maintenir mais réformer, afin de répondre aux vrais dangers pour notre sécurité nationale (cybercriminalité, terrorisme,...). De plus, nous défendons l'idée d'un service citoyen pour tous les résidents de notre pays (jeunes, hommes et femmes, quelle que soit leur nationalité).
- La lutte contre la discrimination fait partie de nos valeurs de base. C'est la raison pour laquelle nous nous engageons pour l'introduction du mariage civil pour toutes et tous en Suisse. L'initiative parlementaire de notre groupe allant dans ce sens a déjà été adoptée par la Commission des affaires juridiques du Conseil national. La voie est donc ouverte.

En résumé, nous pouvons dire: « Il n'existe pas d'autre parti que celui des Vert'libéraux, qui s'engage pour une protection rigoureuse de l'environnement et de la nature, tout en œuvrant en faveur d'une économie responsable et d'une société libérale ».

C'est cela être Vert et libéral.

Merci pour votre attention.